

Weltrundschau : Schrei, Korea! ; Was will Amerika? ; Für ein freies Europa ; Vom alten zum neuen Faschismus ; Westdeutschland ; Frankreich - Italien ; Am Balkan ; Franco und Malan ; Faschistisches Amerika?

Autor(en): **Kramer, Hugo**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **46 (1952)**

Heft 10

PDF erstellt am: **29.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-139678>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

kulturelle Kommission auf breiter Basis gebildet werde, um «die Bedingungen zu prüfen, die unser Volk dem kulturellen Leben aller Menschen zurückgeben.»

Dr. Martin Stohler, Basel, wies in seinem Referat «Wirtschaftlicher Austausch zwischen Ost und West» darauf hin, daß ein Handel trotz der Verschiedenheit der Wirtschaftssysteme möglich und notwendig sei. Die These «Es gibt kein Einvernehmen mit dem Osten» führt zum Krieg. Wie immer unsere Stellung zum russischen und chinesischen System sei — sie haben die sozialen Systeme in ihren Ländern verändert, und sie werden nicht kapitulieren. Der Handel wird aus politischen und militärischen Gründen vom Westen unterbunden. Es sind Exportlizenzen (Erlaubnisscheine) fast für alle Waren nötig, die nach dem Westen geliefert werden sollen. Kampf um den Frieden schließt auch ein die Forderung nach natürlichen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den West- und den Ostländern, diesem Block von 800 Millionen Menschen, wobei der sozialen und wirtschaftlichen Struktur dieser Länder Rechnung getragen werden muß.

In der Diskussion kam eine Reihe Redner der verschiedensten Richtungen zum Wort.

Der Kongreß wurde abgeschlossen mit einem fast einstimmig angenommenen «Aufruf an das Schweizervolk». Dieser stellt die bestehende ungeheure Gefahr eines neuen Weltkrieges fest. Er faßt die wichtigsten Forderungen der verschiedenen Referenten in 9 Punkten zusammen: Verhandlungen statt Gewaltlösungen; Ratifizierung des Genfer Verbotes von bakteriologischen und chemischen Waffen durch alle Länder; gegen unsere übermäßige Aufrüstung; gesetzliches Statut für Militärdienstverweigerer; für eine Weltabrüstungskonferenz, für eine schweizerische Konferenz zum Studium der deutschen Frage; für kulturellen und wirtschaftlichen Austausch mit den Ostländern; gegen Kriegspropaganda; für die verfassungsmäßigen Freiheitsrechte; die Christen betrachten den Krieg als Ungehorsam gegenüber dem göttlichen Gesetz; Planung eines schweizerischen Friedensparlamentes, dessen Aufgaben wären: objektive Informations-tätigkeit, ständige Aussprache über die Friedensprobleme und Kontakt zwischen allen pazifistischen Richtungen unseres Landes.

In einer Sonderresolution erklärte der Kongreß, er würde wünschen, daß sich alle Landsleute für den am 5. Dezember vom Weltfriedensrat nach Wien einberufenen Kongreß der Völker interessieren und sich gegebenenfalls dort vertreten lassen, um schweizerische Stimmen zu Gehör zu bringen.

H. H.

WELTRUNDSCHAU

Schrei, Korea! Vor ein paar Tagen wurde aus Adelaide, der großen südaustralischen Hafenstadt, gemeldet, es sei dort ein eigentümlicher radioaktiver Hagel niedergegangen. Vertuschend wurde hinzugefügt, man könne noch nicht sagen, ob diese Naturerscheinung eine Wirkung der Atombombenexplosion sei, die von den Engländern kürzlich auf dem Boden Australiens herbeigeführt wurde; aber hat wirklich jemand den geringsten Zweifel daran, daß das eine Ereignis die Folge des anderen ist? Und der radioaktive Hagel von Adelaide ist ja nur eine Andeutung der unübersehbaren Störungen und Zerstörungen, die ein Atombombenkrieg nicht allein auf der Erde, sondern auch über und unter der Erde und draußen im Weltall hervorzurufen droht. Ob wohl die Militärs und Politiker, die jetzt unersättlich weiter und weiter rüsten, an-

geblich um einen neuen Krieg zu verhindern, Phantasie und Gewissen genug haben, um sich im Ernst vorzustellen, wohin *tatsächlich* das Wettrennen um die modernste militärische Rüstung führen muß, wenn ihm nicht sehr rasch Einhalt geboten wird? Kollektiver Selbstmord der beteiligten Völker ist ein kaum übertriebener sprachlicher Ausdruck dafür!

Unterdessen geben uns die «lokalen» Kriege, die dem Zweiten Weltkrieg gefolgt sind – in Indonesien, Malaya, Vietnam, China, Korea usw. –, bereits eine Ahnung von den Schrecknissen, die unser warten, falls es zu einer dritten Generalkatastrophe kommen sollte. Krieg würde man ein solches Ereignis überhaupt nicht mehr heißen können. Wie der ehemalige Kriegskorrespondent Reginald Thompson, der Verfasser des Buches «Cry Korea» («Schreie, Korea!») richtig sagt:

«Die Atombombe ... hat dem Krieg ein Ende gemacht. Gemetzel aus großem Abstand, und wahrscheinlich anonym, ist an seine Stelle getreten. Die Strategie des Westens seit 1945 ist auf Atomwaffen gegründet. Atomwaffen bedeuten Katastrophe ... Es sind jetzt fast zwei Jahre her, daß in mir ein Gewissensprotest gegen den Massenmord an wehrlosen Menschen und überhaupt gegen den Massenmord ohne militärische Notwendigkeit aufkam ... Endlich war mir die Realität der Entwicklung vom Krieg zur Massenvernichtung der Wehrlosen aufgegangen. Die Zivilbevölkerung, die bisher nur am Rande mitgelitten hatte, war das Angriffsziel geworden. Ich war jahrelang knietief in Tod und Zerstörung gewatet, aber in Korea zum erstenmal empfand ich ganz unmittelbar die Schande und das unnennbare Entsetzen der wahllosen Abschachtung der Wehrlosen, die außerstande waren, zurückzuschlagen. Nie zuvor war mir das zum Bewußtsein gekommen. Ich empfand ganz unmittelbar die elende Entwürdigung und Feigheit des Atomdenkens.»

Gewiß, noch sind keine Atomwaffen in Korea eingesetzt worden, höchstens Bakterienkulturen. Aber die planmäßige Ausrottung der Zivilbevölkerung durch massierte Luftangriffe und Übersättung mit Napalm – klebrigem, brennendem Benzin – ist ja schon grauenhaft genug. Die achtundsiebzig Städte und Dörfer in Nordkorea, die diesen Sommer – nach heuchlerischer Warnung der Bevölkerung – im Laufe einer einzigen Angriffsaktion ausgelöscht wurden, schreien Tag und Nacht ebenso laut zum Himmel wie Hiroshima und Nagasaki, die ersten Opfer der amerikanischen Atombomben. Die dafür Verantwortlichen – so der amerikanische Luftfahrtminister Finletter und der Kommandant der amerikanischen Luftwaffe in Ostasien, General Weyland, die darüber eine gemeinsame Erklärung herausgegeben haben – begründen diese Art Kriegführung natürlich mit «militärischer Notwendigkeit». In Wahrheit hat militärische Notwendigkeit damit so wenig zu tun wie mit der Vernichtung von Hiroshima oder von Dresden. Die «New York Times» sagte es damals (10. August) ganz offen: «Die Luftwaffe wird eingesetzt, um den Feind zu zwingen, einen gerechten Waffenstillstand zu unterzeichnen. Die gleiche Taktik», so hieß es weiter, «wurde mit Erfolg gegen die Moral der japanischen Zivilbevölkerung in den späteren Abschnitten des Pazifikkrieges angewandt.» Also: die Amerikaner erklären, *aus Menschlichkeit* der Heimschaffung auch der nichtkommunistischen Nord-

koreaner und Chinesen aus ihren Gefangenenlagern nicht zustimmen zu können (das ist ja scheinbar der letzte Streitpunkt in den Waffenstillstandsverhandlungen von Panmunjom). Um aber den Gegner ihrem Willen gefügig zu machen, roten sie seine Bevölkerung kalt berechnend einfach aus. Welch elende Lüge, diese amerikanische «Menschlichkeit»! Und welch seltsame militärische Notwendigkeit, diese Massenvernichtungsaktion zur Erzwingung eines «gerechten» Friedens! Schreie, Korea, schreie!

Was will Amerika! Aber warum entsetzen wir uns? Die Korea-politik der Vereinigten Staaten ist ja nur ein Teil der Politik, die Amerikas regierende Schicht – mit der Losung: Krieg dem Kommunismus! – in Asien überhaupt betreibt. Lassen wir einen un-verdächtigen, hervorragenden Amerikaner selbst sprechen. «Wir reden», so erklärte Bundesrichter Douglas, der während dreier Sommer hinter-einander Asien bereist hat, in einem seiner Vorträge vor höchst achtbaren Zuhörerschaften,

«wir reden von Demokratie und Gerechtigkeit — und unterstützen gleichzeitig Regierungssysteme, deren Zweck es ist, Demokratie und Gerechtigkeit für alle Zeit den Bauern fernzuhalten. Wir setzen Milliarden von Dollar hinter korrupte und reaktio-näre Regierungen, welche die Reichen von Einkommenssteuern befreien und dem Volk härter und härter das Joch einer Minderheitsherrschaft aufdrücken... Wir stützen große Feudalherren; wir marschieren gegen die Revolutionen auf; wir setzen uns mehr und mehr den Kräften gleich, welche die Revolutionen nötig machen; wir werden immer mehr die Fürsprecher der Besitzinteressen, immer weniger die Inspiration des Volkes von Asien... Wir müssen wählen: Sind wir für das Volk oder für die Grundbesitzer? Meinet nicht, wir könnten der Entscheidung ausweichen!»

Das jetzt regierende Amerika hat schon gewählt: es ist offen gegen die Völker Asiens, die sich aus Elend und Bedrückung erheben wollen, und für die alten Herrenklassen, die die überall aufflammende Revo-lution zu ersticken suchen. Vor allem in China und Korea. Ein hoffnungs-loses Unterfangen! Aber es wird mit einer Hartnäckigkeit und Verblen-dung weitergeführt, die nur in einem gewaltigen Zusammenbruch enden kann. Was die amerikanischen «Befreier» in Korea angerichtet haben, wissen wir. MacArthur war drauf und dran, den Krieg auch nach China hineinzutragen. Er wurde im letzten Augenblick zurückgepiffen und dann abgesetzt – aber die Ostasienpolitik Washingtons blieb dennoch im Grunde die gleiche. Keine Idee, daß etwa die Chinesische Volksrepublik aner-kannt und in die Organisation der Vereinten Nationen aufgenommen würde; Tschiang Kai-Shek wird weiter unterstützt, und nur widerwillig hat die amerikanische Regierung auf ihre Absicht verzichtet, durch die UNO die Wirtschaftsblockade – das heißt die Aushungerung – über China zu verhängen. Vorläufig wenigstens. Denn die Konsequenz der heutigen Ostasienpolitik der Vereinigten Staaten ist nicht nur die Wirt-schaftsblockade, sondern der förmliche Krieg gegen China, ein Krieg, in

dem China zwar aufs neue fürchterliche Verheerungen erleiden müßte, in dem es aber mit seinen 500 Millionen Menschen und mit der Wehrwirtschaft der Sowjetunion im Rücken nicht auf die Knie gezwungen werden könnte, während der amerikanischen Wehrmacht, 10 000 Kilometer von ihrer Versorgungsbasis entfernt, über kurz oder lang der Atem ausgehen müßte. «Unsere gegenwärtige Politik», so meint die «Monthly Review» (September 1952),

«kann also keinen Erfolg haben. Aber sie kann, und wenn weiterbetrieben wird sie, zu einer nationalen Katastrophe für die Vereinigten Staaten führen, die vollständiger und unwiderruflicher sein wird als die Katastrophe, die Deutschland und Japan im Zweiten Weltkrieg erlitten haben... Und wenn wir schließlich blutend und erschöpft so weit sind, Frieden zu machen, was wäre dann die Lage? Höchste Ironie, dies: Ohne einen Schuß abgefeuert oder einen Soldaten über die Grenze geschickt zu haben, würde die Sowjetunion zum unbestrittenen militärischen Herr der Welt aufgestiegen sein. Und kann ein Zweifel daran bestehen, daß unter solchen Umständen die Sowjetführer ihre chinesischen Verbündeten unterstützen würden?»

Man sollte eigentlich meinen, in den Vereinigten Staaten gebe es keine lebenswichtigere Aufgabe, als eine Umkehr von dem Weg herbeizuführen, auf dem die Nation in ihr Unglück hineinzurennen droht. Aber nein, die ganze Leidenschaft des amerikanischen Volkes scheint sich jetzt in einem Parteikampf zu erschöpfen, der auf dem denkbar tiefsten Niveau gegenseitiger Beschimpfung, ekelhafter Skandalmacherei und wüster Demagogie angelangt ist. Es ist zwar keineswegs gleichgültig, ob Eisenhower gewinnt oder Stevenson, ob die Republikaner die nächste Bundesversammlung beherrschen oder die Demokraten, namentlich nicht im Hinblick auf die innere Politik. Aber ein Umschwung der amerikanischen Außenpolitik wird sicher nicht erfolgen, wie auch immer die Novemberwahlen ausfallen mögen. Der bisherige Kurs wird weitergesteuert werden, ob nun Acheson oder Foster Dulles das Rad dreht. Was aber dann? Wo ist die Kraft, die dem Steuermann in den Arm fallen und das Schiff vor dem Zerschellen retten könnte? Beklemmende Frage – auch für uns! Denn was sollen wir tun, wir Westeuropäer, wenn in Amerika nicht bald Vernunft und Gewissen durchbrechen und das größenwahnsinnige, vom Dämon des Mammonismus getriebene Abenteuerertum der regierenden Oberschicht überwältigen?

Für ein freies Europa Die Antwort scheint gegeben: Westeuropa muß sich von seinem amerikanischen «Schutzpatron» freimachen, der es in seine eigene Katastrophe hineinzureißen droht. Ja, die Hoffnung ist nicht unberechtigt, daß Amerika seinen Weg ins Verderben gar nicht weiterzugehen vermöchte, wenn sich Westeuropa auf eigene Füße zu stellen den Willen und die Kraft hätte. Das dürfte freilich nicht so geschehen, wie das jetzt neuerdings mit Eifer versucht wird: durch wirtschaftliche und politische Zusammenfassung der westeuropäischen Länder auf dem Boden der kapitalistischen «Ordnung»

und in enger Anlehnung an die Nordatlantische Militärorganisation (NATO), durch Ausbau der «Europäischen Verteidigungsgemeinschaft», der Bergwerks- und Stahlunion sowie des Straßburger Europarates zu einem Kleineuropabund ohne England und Skandinavien oder vielleicht auch zu einem umfassenden Großwesteuropa. Es müßte in Form eines von den Vereinigten Staaten *unabhängigen* Europabundes geschehen, der eine «dritte Kraft» neben dem amerikanischen Imperium und dem Sowjetblock darstellen würde. (Vergleiche die «Weltrundschau» im Juli-August-Heft). Allein das ist eben leichter gesagt als getan. Es ist so, wie J. Ries im Pariser «Observateur» (18. September) schreibt:

«Die Vereinigten Staaten haben allen Unabhängigkeitsgelüsten vorgebaut: sie haben nicht nur Westeuropa — dessen Seefront sorgfältig abgerüstet ist — mit Luftstützpunkten gespickt; die in Straßburg vertretenen Mächte, die in der Europäischen Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECE) gefangen sind, werden, mit Ausnahme Schwedens, auch vom Atlantikpakt festgehalten und müssen um ‚off shore‘-Bestellungen betteln.»

Ein Hauptglied der Kette, die Westeuropa an Amerika bindet, soll bekanntlich der Vertrag über die Eingliederung der *Deutschen Bundesrepublik* in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft werden, Großbritannien und die Vereinigten Staaten haben ihn bereits ratifiziert; die Parlamente Frankreichs und Westdeutschlands werden darüber wohl in den nächsten Wochen zu entscheiden haben. Daß sich Frankreich des amerikanischen Drucks erwehren werde, ist kaum zu erwarten¹; in Westdeutschland aber dürfte die Regierungsmehrheit trotz allen Absplitterserscheinungen und auch trotz der Aufdeckung der amerikanisch finanzierten Wühlorganisation des Bundes der Deutschen Jugend mindestens bis zur Abstimmung über die beiden Verträge zusammenhalten. Die großenteils gleichfalls von Amerika subventionierte westdeutsche Presse wird das Nötige zum Gelingen des «guten Werkes» sicher beitragen. Auf die sozialdemokratische Opposition ist jedenfalls kein Verlaß. Sie ist gelähmt durch ihren heftigen Antikommunismus, der Adenauer seine besten Argumente liefert, und durch ihr ebenso leidenschaftliches Streben nach Zurückgewinnung der verlorenen Ostprovinzen, das wiederum

¹ Oder doch? Die Radikalen machen neuerdings ernsthaft Miene, einer westdeutschen Aufrüstung die Zustimmung zu verweigern. Aber wir wollen sehen, wie weit sich diese Neigung in die Tat umsetzt! Fest steht immerhin — und die jüngste Verletzung des französischen Nationalstolzes durch eine unverschämte amerikanische Note über Frankreichs «Versagen» in der Aufrüstung hat dazu nicht wenig beigetragen —, daß im französischen Volk Bitterkeit über die Rolle herrscht, die ihm von den Vereinigten Staaten zugeordnet wird. Man lese etwa, was der Pariser «Combat» unlängst schrieb: «Es hat keinen Wert, noch länger die Welle von Amerikagegnerschaft übersehen zu wollen, die über Frankreich hingeht. Die drückende Anwesenheit ausländischer Besatzungen ist kennzeichnend für die Einschnürung der Unabhängigkeit unseres Landes. Die Unterstützung der deutschen Wiederaufrüstung, die Begünstigung der nordafrikanischen Nationalismen und die ständigen Reklamationen wegen unserer Rüstungsleistungen haben unserem Volk die Augen für das wirkliche Wesen der amerikanischen Politik geöffnet.»

Wasser auf die Mühlen der Nationalisten und Aufrüster leitet. Gegenüber einer solchen Opposition hat es die konsequent amerikanisch ausgerichtete Regierung von Bonn nicht allzu schwer, ihren Willen durchzusetzen.

Als wirksame Kraft für Westeuropas Befreiung von der amerikanischen Vormundschaft scheidet im Grund auch die *britische Labourpartei* aus. Gewiß, der Parteitag von Morecambe hat neuerdings erwiesen, daß die Großzahl der in den eigentlich politischen Wahlkreisverbänden organisierten Labouranhänger ausgesprochen nach links zieht; Bevan ist jetzt, wie es der «New Statesman» (11. Oktober) ausdrückte, der Führer der unzweifelhaften Mehrheit der aktiven Parteimitglieder und Gewerkschafter, die sich offen gegen die verbrauchte, verbürgerlichte Führung durch die Alte Garde (Attlee, Morrison usw.) und die Gewerkschaftsbürokratie auflehnt. Aber dank dem eigentümlichen Aufbau der Labourpartei haben die konservativ gewordenen Gewerkschaftszentralen und damit die rechtsstehenden Elemente nach wie vor den entscheidenden Einfluß innerhalb des Parteiapparates. Andererseits sind Bevan und sein Anhang bei aller Kritik an der amerikanischen Machtpolitik doch durchaus für die Aufrechterhaltung des Bündnisses mit den Vereinigten Staaten und für die Aufrüstung gegen den Ostblock, die sie nur besser der wirtschaftlichen Tragfähigkeit Großbritanniens angepaßt wünschen. Wie soll von einer so gebrochenen Haltung eine rechte Kraft zur Zerstörung des Rüstungswahnes ausgehen?²

Ein Glück, daß die Sowjetunion – trotz allen Fehlern, die sie macht – keine scharfmacherische Politik gegenüber dem Westen betreibt. Stalins jüngster Artikel im «Bolschewik» wie Malenkows große Rede am 19. Parteitag der Sowjetkommunisten strahlen vielmehr ein Gefühl ruhiger Zuversicht und Kraft aus, das in der raschen Verbesserung der Wirtschaftslage der Sowjetunion, in der innern Festigung der osteuropäischen Volksrepubliken und im Anschluß Chinas an den kommunistischen Weltblock begründet ist. Nicht daß man sich nun in Moskau vor dem westmächtlichen Imperialismus sicher fühlte; aber man scheint doch noch mehr als bisher auf die Selbstzersetzung des Kapitalismus und auf die Gegensätze innerhalb des westlichen Lagers selbst zu bauen. Von einer Angriffsbereitschaft der Sowjetführung, die ja reinster Selbstmordwille wäre, ist auf jeden Fall heute weniger zu merken als je, wenn auch der Schweben-

² Wie blind die «freie Welt» gegenüber den offenkundigen Gefahren der westdeutschen Aufrüstung ist, zeigt auch die Tatsache, daß es unmöglich war, in irgendeinem westeuropäischen Lande die zur Abhaltung einer internationalen Konferenz für die friedliche Lösung der deutschen Frage nötigen Einreisevisa zu erlangen. So muß jetzt die Konferenz in Ostberlin stattfinden – und kann dann glücklich als «kommunistische Propaganda» denunziert werden. Präsident des vorbereitenden Ausschusses ist der Chefredakteur des katholisch inspirierten «Esprit», Jean Marie Domenach, Vizepräsident der Pariser Anwalt Bruguier, Mitglied der Sozialistischen Partei. In Österreich ist das dortige Nationalkomitee der Konferenz (Vorsitzender war Prof. J. Ude) überhaupt verboten worden.

zustand zwischen Krieg und Frieden, soweit Rußland in Frage kommt, auf unbestimmte Zeit weiter dauern mag und die Sowjetführung, in ihrem wachsenden Kraftgefühl, keinerlei Neigung bekunden dürfte, der Druck- und Drohpolitik der Vereinigten Staaten irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Dem Versuch einer gewaltsamen «Eindämmung» des Kommunismus und der «Befreiung Osteuropas» durch einen Kreuzzug der westlichen Demokratien, eingeschlossen Adenauer-Deutschland, wird auch aus diesem letzten Grund kein Erfolg beschieden sein.

So bleibt es im Blick auf die Entwicklung der Weltlage nach wie vor unsere wohlbegründete Überzeugung, daß die große Gefahr für den Frieden nicht vom östlichen Kommunismus ausgeht, sondern vom kapitalistischen Westen, und daß der Antikommunismus, wie er in den «freien» Ländern planmäßig geschürt wird, im Grunde nur dazu bestimmt ist, diese Sachlage zu vernebeln. Darin bestärkt uns nicht zuletzt auch eine wichtige Erscheinung, die vorab in den westlichen Ländern seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs immer augenfälliger hervortritt: die Ausbreitung einer neuen Art von *Faschismus*, die kaum minder bedrohliche Formen anzunehmen beginnt als ihr klassischer Vorgänger. Ihr möchten wir heute unsere besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

Vom alten zum neuen Faschismus Der Faschismus (in dem hier, der Einfachheit halber, immer auch der deutsche Nazismus inbegriffen sei) ist sicher keine leicht zu erfassende Erscheinung. Er kann nicht aus einer einzigen Wurzel erklärt werden, zieht vielmehr seine Kraft aus einer Vielheit von geistigen wie materiellen Ursächlichkeiten. Und doch bleibt es wahr, daß seine *gesellschaftliche* Rolle darin bestand, und weiter besteht, die alte bürgerlich-kapitalistische Klassenordnung gegen die Kräfte zu verteidigen, die eine neue, eine sozialistische Ordnung schaffen wollen, einerlei, ob dies mit reformistischen oder mit revolutionären Mitteln geschehen soll. Und zwar kommt der Faschismus immer dann in besonders böserartiger Gestalt auf, wenn eine offen ausbrechende wirtschaftliche oder politische Krise die Dauerkrise des Kapitalismus (und Feudalismus) in lebensgefährlicher Art zu verschärfen droht und die Machtstellung der herrschenden Klasse in ihren Grundfesten erschüttert. Er greift dann im Innern zu Gewalt- und Unterdrückungsmaßnahmen radikaler Natur; nach außen aber flüchtet er sich in eine draufgängerische Abenteuerpolitik, ja in den Krieg selbst – dies um so mehr, als die militärischen Rüstungen, die ihm die Werkzeuge für die Durchsetzung seines Willens liefern sollen, den scheinbar bequemsten und zugleich gewinnreichsten Ausweg aus der chronischen, sich steigernden Absatznot der kapitalistischen Wirtschaft eröffnen.

Aus solcher Lage heraus entstand der Faschismus in Italien, in Deutschland, in Japan – um nur seine Hauptherde zu nennen. Solange

er nur als Gegenrevolution innerhalb seiner eigenen staatlichen Grenzen auftrat, erfuhr er darum auch die wohlwollende Förderung der kapitalistischen Demokratien des Westens, die ihn – mit München als Spitzleistung dieser Politik – gegen den sozialrevolutionären Osten auszuspielen gedachten. Erst als er ihrem eigenen, «liberalen» Imperialismus gefährlich zu werden begann, entschlossen sie sich zur kriegerischen Abwehr seines Ausdehnungsstrebens und schlugen ihn militärisch in scheinbar vernichtender Art aufs Haupt, im Bunde mit derselben Sowjetunion, die sie zuvor im Zusammenspiel mit den faschistischen Reichen erledigen zu können gehofft hatten.

Aber nun stellte sich den kapitalistischen Mächten sofort wieder die alte Aufgabe, die Revolution sich nicht über den Kopf wachsen zu lassen. Die alten Ordnungen waren ja durch den Zweiten Weltkrieg womöglich in noch gefährlicherer Weise erschüttert worden, als das schon im ersten geschehen war. Die Widerstands- und Befreiungsbewegungen, die in einer Reihe von Ländern erwacht waren, wollten sich nicht auf die Abschüttelung der faschistischen Fremdherrschaft beschränken; sie erstrebten zugleich eine grundstürzende Umschichtung der Verhältnisse im Innern ihrer Länder selbst. Die Westalliierten mußten also sehr behutsam vorgehen, wenn sie nicht mit Hitler und Mussolini zugleich das ganze wirtschaftliche und soziale Regime zerschlagen wollten, das hinter dem Faschismus stand. Mit andern Worten: die bürgerlich-kapitalistische Ordnung mußte überall dort gestützt oder wiederhergestellt werden, wo sie bedroht oder bereits zerstört war. Man versteht die ganze Nachkriegspolitik vor allem der Vereinigten Staaten, aber auch Großbritanniens und Frankreichs, nicht, wenn man sich diesen Zusammenhang nicht klar vergegenwärtigt. In Frankreich, Deutschland und Italien, in Spanien, Jugoslawien und Griechenland – überall knüpften die konservativ-kapitalistischen Kräfte an die faschistischen Bewegungen der Vorkriegszeit an und stärkten sie ganz bewußt und planmäßig, wobei die amerikanische Marshall-Hilfe und die Politik der Truman-Doktrin (militärische Eindämmung des Kommunismus) entscheidende Bedeutung gewannen.

Gewiß, der neue Faschismus ist nicht einfach eine Neuauflage des alten. Er trägt zum Teil eigene, sozusagen originale Züge. «Der Hauptgrund dafür ist», wie Natalie Moszkowska in der Neuyorker «Monthly Review» (Juli 1952) schreibt,

«daß die Wiederaufrüstung bereits derartige Ausmaße angenommen hat – besonders seit dem Koreakrieg –, daß eher Warenmangel droht als Absatzmangel. Und dies zu einer Zeit, da Wiederaufbau und Erneuerung im Gefolge der Kriegszerstörungen noch nicht abgeschlossen sind. Daraus folgt, daß der heutige Faschismus nicht mehr die Aufgabe seines Vorgängers hat, nämlich eine Krise zu bekämpfen, die bereits ausgebrochen ist, sondern die Fortdauer der Rüstungskonjunktur sicherstellen muß.»

Dazu kommt, wie die Verfasserin bemerkt, als weiteres unterscheidendes Merkmal gegenüber dem alten Faschismus, daß sich sein Nach-

folger gern demokratisch tarnt. Er wendet «zivilisiertere Methoden» an – Antisemitismus und Konzentrationslager sind nicht mehr beliebt – und gibt sich sogar als Vorkämpfer der «freien Welt»:

«Da es nicht überall gleich leicht ist, die Demokratie zu zerstören, hat jedes Land seine eigene Form von Faschismus, die seinen eigenen politischen Überlieferungen entspricht. In den Ländern, wo die demokratischen Rechte im Volksbewußtsein fest verankert sind, kommen plötzliche Angriffe auf die Demokratie nicht in Frage; die staatsbürgerlichen Rechte werden Stück um Stück abgehackt.

Der Faschismus ist eine konservative Bewegung, soweit er darauf ausgeht, die alte Gesellschaftsordnung zu erhalten und das Aufkommen der neuen zu verhindern. Aber die Mittel, die er gebraucht (Rüstungen und Kriege), geben ihm einen zerstörerischen Charakter. Das zerstörerische Wesen haben die neuen Formen des Faschismus mit den alten gemein.»

Westdeutschland Nicht alle westlich-kapitalistischen Länder sind vom Neufaschismus bedroht. «Gerade so wie gewisse osteuropäische Länder das hoch- und spätkapitalistische Stadium überspringen konnten», sagt Dr. Moszkowska, «so ist es auch einem westeuropäischen Lande möglich, um das rein faschistische Stadium herumzukommen. Aber eine Reihe von Ländern wird jedes Stadium und jede Entwicklungsstufe durchmachen, und der Faschismus ist das letzte Stadium des Kapitalismus und Imperialismus.» Am ehesten werden die Länder mit alter demokratischer Überlieferung und Praxis vom Faschismus verschont bleiben, besonders wenn ihr bürgerlich-kapitalistischer Aufbau noch verhältnismäßig unerschüttert ist, so die nordischen Staaten und unsere Schweiz (obwohl die antikommunistische Reaktion, die sich bei uns breit macht, mit ihrem «Staatsschutz» und ihrer Verfolgung aller nicht gleichschaltungsfähigen Menschen und Gruppen bedenklich nahe an den demokratisch verkleideten Faschismus herankommt, von dem vorhin die Rede war). Aber auch Großbritannien, dessen Kapitalismus hart zu kämpfen hat, ist mindestens vorderhand kein günstiges Exerzierfeld für den Faschismus, ist doch seine Wirtschaft und Kultur noch immer eng mit derjenigen der angelsächsischen Völkergemeinschaft verbunden und damit den festländisch-europäischen Krisen fernergerückt.

Um so näher an den Neufaschismus ist *Westdeutschland* herangerückt. Die alte Wirtschafts- und Sozialverfassung, aus der in den zwanziger und dreißiger Jahren der Nazismus erwachsen ist, besteht ja dort trotz Krieg und Zusammenbruch grundsätzlich unverändert weiter, von den Westmächten, vorab Amerika, entschlossen wiederhergestellt und gestützt (wobei das «sozialistische» England der Attlee, Bevin und Morrison eine besonders bemühte Rolle gespielt hat). Und die westeuropäische Stahl- und Bergwerksunion, die gemäß dem Schuman-Plan jetzt aufgebaut wird, wird das ihre dazu beitragen, daß die kapitalistische Ordnung in Westdeutschland noch stärkeren Rückhalt am gleichgerichteten Ausland findet.

Hand in Hand mit dieser kapitalistischen Restauration geht die Wiederbelebung des Militarismus und Nationalismus in der Bundesrepublik. Davon ist an dieser Stelle immer einläßlich genug geredet worden, so daß es kaum nötig erscheint, im Zusammenhang mit der Erörterung der neufaschistischen Strömungen die Tatsache selbst noch besonders hervorzuheben. Wie weit die westalliierte Politik der Rehabilitation des Hitlertums bereits gediehen ist, zeigt nicht nur die Wiedereinnistung zahlloser alter Nazi in Ämtern, Gerichten, Polizei, Schule, Presse usw., sondern auch die jüngst erfolgte Freilassung des Chefs der Dynastie Krupp aus seinem Kriegsverbrechergefängnis, die Rückgabe seines ungeheuren Vermögens – es war von 300 Millionen Mark die Rede – an diesen Mitschuldigen des nationalsozialistischen Abenteuers und seine Wiedereinsetzung in den Rang des führenden deutschen Rüstungsindustriellen. Ein wenig burschikos, aber sachlich zutreffend meint «Das Andere Deutschland» (Nr. 19) dazu:

«Alfred Krupp dürfte nach dem Geschenk der Amerikaner, wenn nicht der reichste, so doch einer der reichsten Männer in Westdeutschland sein. Seine Nazi-gesinnung und -betätigung haben sich also gelohnt und werden sich beim neuen Start weiter lohnen. Riesen-Rüstungsgewinne locken! Damit diese Rüstungen auch garantiert mit preußischer Gründlichkeit an den Mann gebracht werden, wird man, so sehr man sich auch den Volksstimmungen gegenüber noch ziert, die Kriegsverbrecher restlos entlassen. Weil man sie ebenfalls braucht.

Aufrüstung ja, aber nur, wenn ihr uns Industriellen

- a) unsere Geschäfte garantiert und für die Unbill der Zeit nach 1945 entschädigt, und
- b) unsere eingekerkerten Generäle entläßt und rehabilitiert.

Die Bedingungen werden erfüllt.

Und das Volk? Da sind die grausigen Erinnerungen zwar noch zu frisch, aber sollen wir uns dadurch Geschäft und Betätigungsfeld vermiesen lassen? Da hängen wir den Butzemann Bolschewismus heraus, helfen, wo es not tut, ein wenig nach, und dann werden die Führer schon einschwenken. In der großen Stunde hat sich das Volk noch immer herrlich bewährt: 1914, 1923 (Ruhrkrieg), 1939. Und mit einigen Querköpfen wird Fraktur geredet werden. Adenauer und Lehr wissen, was sie der ‚Erhaltung des Abendlandes‘ schuldig sind! Die Kalkulation geht, soweit sie die sogenannte parlamentarische Opposition betrifft, auf. Die Fettes³ haben ihre Mitwirkung beinahe unaufgefordert zugesagt und sind ganz böse, daß ihre Mitglieder und Wähler dafür nicht das ihnen notwendig erscheinende Verständnis aufbringen.

Die Einheitsfront in der Führung ist also wieder mal da, wie immer, wenn dem Volk ein Aderlaß drohte. Der Unterschied zwischen Kapitals- und ‚Volks‘-Vertretern besteht nur darin, daß das Kapital die Rechnung präsentiert und Garantien fordert, während die Fettes begeistert sind, mal wieder umsonst mitmachen zu dürfen.»

Ja, das Volk! Wundert es jemanden, daß sich der Normaldeutsche keine Skrupel mehr aus der Rückwärtsorientierung auf das Dritte Reich hin macht? Der Bonner Korrespondent der sozialdemokratischen Presse der Schweiz stellt melancholisch fest,

³ Christian Fette war bisher der Führer der westdeutschen Gewerkschaften; er ist jetzt durch einen etwas weniger belasteten Mann ersetzt worden.

«daß 1945 wohl der Machtapparat des Nationalsozialismus vollkommen zerschlagen wurde, daß aber durch diese materielle Niederlage sein Geist oder besser gesagt sein geistiger Wurzelgrund keineswegs erschüttert wurde. Man will vom Nationalsozialismus nichts mehr wissen, weil er geschichtlich in die Katastrophe hineingeführt hat. Die Frage nach seiner Wahrheit oder nach seiner Lüge, kurz, das sittliche Gericht über ihn interessiert die Menschen hier verhältnismäßig wenig. Weil er versagt hat, ist er gerichtet. Darum ist seine Wiederkehr in vergangenen Formen höchst unwahrscheinlich. Seine Wiedergeburt wird er als Nationalbolschewismus feiern, wobei wir mit diesem Worte eine Politik bezeichnen möchten, die auf der totalen Verneinung aller geistigen Werte, auf der Bejahung des rein Zweckmäßigen fußt und als Inhalt des Nationalen die — man verzeihe die Grobheit des Wortes — Freßgemeinschaft und die dazu notwendige und gut funktionierende Organisation sieht.»

(«Volksrecht», 17. September)

Nein, von einem *grundsätzlichen* Gesinnungswandel kann bei der Mehrheit der Westdeutschen nicht die Rede sein. Der alte nationalistische Geist ist, bis tief in die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften hinein, noch erschreckend stark, auch wenn man von den schlimmsten Taten des Nazismus mehr oder weniger deutlich abrückt. Daß sich die sogenannte Bildungsschicht auch jetzt wieder in dieser Gesinnung besonders auszeichnet, fällt nicht mehr weiter auf⁴. Aber auch das «gewöhnliche» Volk läßt sich von den patriotischen Schlagworten wieder in einem Maße betören, daß man sich wirklich fragt, ob die stumme Mahnung der Ruinen, die in so vielen deutschen Städten gen Himmel starren, gar nicht mehr zu Herzen genommen wird! Das Gesamtbild ist jedenfalls unerfreulich. Wie mir ein ehemaliger Reichstagsabgeordneter, der unlängst aus der Emigration zurückgekehrt ist, enttäuscht schreibt:

«Hier in Westdeutschland ist es politisch noch trostloser, als ich angenommen hatte. Der Kapitalismus ist mit Amerikas Hilfe restauriert, die Amerikanisierung der gesamten Kultur und des Denkens erschreckend, die Heße gegen die Sowjetunion und den Osten absolut skrupellos und bei der allgemeinen politischen Unwissenheit völlig erfolgreich.»

Frankreich – Italien Nicht viel weniger deutlich, wenn auch ungleich weniger gefährlich für die Umwelt, hat sich die Ausbildung einer Art Neufaschismus in *Frankreich* vollzogen. Die Widerstandsbewegung, «das größte französische Abenteuer der neueren Zeit», wie Claude Bourdet sie im «Observateur» nennt, ist bald genug zerfallen, als einmal ihr nächstes Ziel, die Befreiung von der deutschen Herrschaft, erreicht war. Die soziale und politische Gesamt-erneuerung, die sie darüber hinaus erstrebte, blieb schon in den Anfängen stecken, großenteils aus Schuld der sehr verschiedenartigen

⁴ Ein kleines Beispiel, das Del Vayo in «The Nation» berichtet: Hundert deutsche Studenten waren nach Paris eingeladen worden, um die Tätigkeit der UNESCO und anderer Sonderorganisationen der Vereinten Nationen kennenzulernen. In einem der Filme, die ihnen gezeigt wurden, war in maßvollen Ausdrücken auch auf die Verbrechen der Nazis hingewiesen worden. Die deutschen Studenten standen wie ein Mann auf und verließen das Lokal...

Gruppen selber, die sich im Widerstand gegen den äußeren Feind zusammengefunden hatten, nun aber in ihre alten Rivalitäten und Richtungskämpfe zurückfielen. Daß diese Zerrissenheit von den alten Herrschaftsklassen planvoll gefördert und ausgenützt wurde, ist nur selbstverständlich; das Eingreifen der kapitalistischen Kräfte Amerikas besorgte das übrige, so daß die gesellschaftliche Reaktion auch in Frankreich zur eigentlichen Gegenrevolution wurde. Schon im September 1947 verschwanden, wie in Belgien und Italien, die kommunistischen Minister aus der Regierung; um General de Gaulle herum gruppierte sich eine mächtige autoritärdiktatorische «Sammlungsbewegung»; eine zynisch ins Werk gesetzte Wahlreform drückte die parlamentarische Vertretung der Kommunistischen Partei – die einen Viertel der Wählerschaft hinter sich hat – künstlich herunter, und die Tragikomödie, die sich im Zusammenhang mit der völlig willkürlichen Verhaftung von Jacques Duclos und André Stil abgespielt hat, scheint nur der Anfang einer Aktion gewesen zu sein, die mit der Unterdrückung der kommunistischen Bewegung überhaupt hätte enden sollen. Der Plan mußte vorerst zurückgestellt werden; inzwischen führt die Regierung Pinay, das gefügige Werkzeug der «zweihundert Familien», mit der Losung einer Verteidigung der französischen Währung die wirtschaftliche und sozialpolitische Rückbildung, wie die Niederhaltung der Linksopposition, derart systematisch durch, daß de Gaulle nur wenig mehr zu bestellen hätte, wenn er je ans Ruder kommen sollte. Wiederum: faschistische Sachpolitik in demokratischen Formen!

Weithin ähnlich verläuft die Entwicklung in *Italien*, wo es den vereinten Anstrengungen der heimischen «Ordnungskräfte» – Industrie- und Finanzkapital, Großgrundbesitz, Katholische Kirche – und des amerikanischen «freien Unternehmertums» gelungen ist, zu verhindern, daß aus dem Zusammenbruch des Faschismus eine eigentlich sozialrevolutionäre Bewegung erwuchs. Ja, es hat sich – wenn auch zum Verdruß der «gemäßigten» Reaktion – auf dem so vorbereiteten Boden eine ausgesprochen neofaschistische Partei bilden können, die bei den Wahlen der letzten Zeit überraschende Erfolge errungen hat und sich bereits darauf rüstet, den «starken Staat» in ihre Hände zu nehmen, wenn die «Christliche Demokratie» des Herrn de Gasperi nicht mehr imstande sei, die drohende Rebellion eines verarmten, immer aufs neue enttäuschten Arbeiter- und Bauernvolkes zu dämpfen. Wobei es nebensächlich ist, ob die zurzeit Herrschenden mit Scheinreformen, wie die Aufteilung gewisser Großgüter, arbeiten oder mit Unterdrückungsgesetzen gegen Gewerkschaften, Presse, Versammlungsfreiheit usw. oder einfach mit dem «normalen» Terror, der ja in durchaus «demokratischem» Rahmen ausgeübt werden kann.

Am Balkan In den Balkanländern – Jugoslawien, Bulgarien, Griechenland – hatten die Westmächte schon während des Krieges Vorkehrungen getroffen, um eine soziale Revolution zu verhindern. Man kennt insbesondere das Zusammenspiel der Engländer und Amerikaner mit General Mihailowitsch, dem Führer der jugoslawischen «Tschetniks», gegen die linksgerichteten Partisanen um Tito. Wir zitieren (nach «Esprit», Dezember 1947) aus dem Buch «Vorspiel zum Frieden» von Basil Davidson, ehemaligem britischem Verbindungsoffizier bei den Truppen Titos:

«Anstatt mit der Widerstands- und Befreiungsbewegung Verhandlungen aufzunehmen . . . , zog es die britische Regierung vor, mit den exilierten Königen und Ministern in Verbindung zu bleiben, diesem Klüngel, dessen Interessen nicht immer diejenigen der Demokratie und des Weltfriedens waren . . . Alle möglichen Mittel wurden ins Werk gesetzt, um die Widerstandsbewegung zu lähmen . . . Die Wähler unseres Landes waren sehr erstaunt und bestürzt, zu sehen, daß der Name Großbritanniens für immer mit demjenigen der Autokratien und Reaktionen verknüpft war. Europa wird russisch! schrie man. Wo blieben da Anerkennung und Dankbarkeit?»

In Jugoslawien gelang es freilich nicht, die Umwälzung zu hintertreiben. Um so besser in Griechenland. Auch da standen die «demokratischen» Westmächte bereits vor Kriegsende in Fühlung mit den Quislingen, den Vertretern und Anhängern der faschistischen Diktatur Metaxas, die eng mit der deutschen Besatzungsarmee zusammenarbeiteten. Und als die Fremdherrschaft abgeschüttelt war, als die Widerstands- und Freiheitsbewegung, die keineswegs einfach als kommunistisch abgetan werden kann, daran ging, die fällige gründliche Neuordnung Griechenlands an die Hand zu nehmen, da war es erst das britische, dann das amerikanische Eingreifen, das die Erhebung niederwarf und das Land «vor dem Bolschewismus rettete». Seither herrschen, in verschiedenen Formen, wieder die alten, korrupt-reaktionären Parteien und Interessengruppen, ohne offene Diktatur (für den Augenblick), aber durchaus im Geist eines gegenrevolutionären Neufaschismus. Zwar kann seit dem Herbst 1949, der die endgültige Niederlage der Aufständischen sah, von einer kommunistischen Gefahr keine Rede mehr sein. Aber hat man keine Kommunisten, so macht man sie. Zur rechten Zeit, so schreibt Constantin Poulos in «The Nation» (16. Juni 1952), kam der Koreakrieg und erlaubte, die kommunistische Gefahr aufs neue an die Wand zu malen:

«Ohne kommunistische Gefahr wäre es eben mit den amerikanischen Dollars aus, die im Ausmaß von rund 300 Millionen pro Jahr nach Griechenland strömen. Mit ihr können die Beherrscher Griechenlands ihre Unterdrückungspolitik rechtfertigen und ihre Ausbeutung und Korruption decken . . . Vor zwei Jahren waren die Stalinisten die ‚äußerste Linke‘. Heute sind die Stalinisten gesetzlich verboten, so daß die ‚äußerste Linke‘ eine gemischte Gesellschaft von Sozialisten, Gewerkschaftern, Linksrepublikanern und abgesplitterten Liberalen umfaßt, die der Oligarchie den einzigen kämpferischen Widerstand entgegensetzt.»

Der Verfasser bedauert, daß die Vereinigten Staaten dieser verhängnisvollen Entwicklung Vorschub geleistet hätten, zum Teil «aus unangebrachter Klassensympathie der amerikanischen Vertreter in Griechenland, die mit bemerkenswerten Ausnahmen entweder nicht an das Bestehen demokratischer Kräfte im Volke geglaubt oder aber ihnen mißtraut haben. So verbündeten wir uns mit dem einzigen Element der griechischen Gesellschaft, das auf keine Art dauerhafte Zustände in Griechenland herzustellen vermag.»

Franco und Malan Das gleiche gilt in noch stärkerem Maße von der amerikanischen Unterstützung für das Diktaturregiment in *Spanien*, das nun freilich kein neuer, sondern ein schon recht alter, beinahe klassischer Faschismus ist. Ausländische Beobachter versichern zwar, die Unterdrückungspolitik des Franco-Regimes sei eher milder als diejenige mancher anderer Polizeistaaten. Aber daß sie dennoch gewalttätig und brutal genug ist, daran besteht für uns kein Zweifel. Die Armut der breiten Volksschichten, besonders der Landbevölkerung, ist grauenhaft; Industrie, Landwirtschaft, Handel und Verkehrswesen sind zerrüttet; Unwissenheit und Aberglauben herrschen allüberall. Aber die Nutznießer der bestehenden «Ordnung» – Grundbesitzer und Kapitalisten, Kirche und Armee – denken nicht daran, der fortschrittlich-demokratischen Bewegung, die sie vor 15 Jahren so blutig niedergeworfen haben, irgendwelche wesentliche Zugeständnisse zu machen, so daß eben nur die Methode der Dauerunterdrückung, der ständigen Gegenrevolution, bleibt, mit dem «Kampf für die Erhaltung des christlichen Abendlandes» und der «Abwehr der kommunistischen Tyrannei» als ideologischer Verbrämung. Und auf diesem Boden trifft sich nun der spanische Faschismus ganz natürlicherweise mit dem amerikanischen Imperialismus, der die Pyrenäenhalbinsel als Operationsraum für eine allfällige bewaffnete Auseinandersetzung mit dem Ostblock braucht. Es mag zweifelhaft sein, ob Spanien im Rahmen des amerikanisch-westmächtlichen Militärsystems überhaupt eine nützliche Rolle spielen kann; sicher ist, daß Franco entschlossen ist, seine fragwürdige Hilfe um den höchsten Preis zu verkaufen. Die Finanzhilfe, die er von den Vereinigten Staaten zu erpressen sucht, würde ihm eben erlauben, seine bankerotte Staats- und Volkswirtschaft wieder einigermaßen flott zu machen und sein Diktaturregiment neu zu stärken.

Zum vollblütig faschistischen Staat entwickelt sich mehr und mehr die *Südafrikanische Union*. Die Rassenpolitik der sich nationalistisch heißenden Regierung Malan, die von der Opposition, der «Einheitspartei», grundsätzlich durchaus gebilligt wird, eifert sehr bewußt dem nazistisch-deutschen Vorbild nach, auch darin, daß sie alle Gegnerschaft gegen die Entrechtung und Ausbeutung der nichtweißen Volksmehrheit – Neger, Inder, farbige Mischlinge – als Kommunismus erklärt und

rücksichtslos niederhält. Das Gesetz zur Unterdrückung des Kommunismus wird in der Tat mit der Feststellung begründet, daß es «eines der Ziele des Kommunismus sei, die Rassenschränken zu zerbrechen und gleiche Rechte für alle Volksteile zu erkämpfen, ohne Unterschied von Rasse, Farbe oder Glauben». Auf Grund dieses Gesetzes kann der Justizminister beliebige Personen als Kommunisten bezeichnen, sie aus bestimmten Örtlichkeiten ausweisen und «aufrührerische» Literatur verbieten – eine Vollmacht, die, wie sich der bereits zu drei Jahren Gefängnis verurteilte Gewerkschaftsführer E. S. Sachs ausdrückt, «weit genug ist, um jeden Liberalen packen zu lassen, der Rassenduldsamkeit befürwortet, und jeden Gewerkschafter, der für die Arbeiter höhere Löhne verlangt».

Was der Lage in Südafrika indessen ihren besonderen Zug gibt, das ist der gewaltlose Widerstand, der im Geiste Gandhis – sein Sohn steht selbst in den Reihen der Gehorsamsverweigerer – seit Juni dieses Jahres der Rassenpolitik Malans entgegengesetzt wird. Ein erhebendes, verheißungsvolles Schauspiel! Denn all die Strafen und Leiden, welche die Regierungsgewalt über die Männer und Frauen verhängt, die den Rassentrennungsvorschriften trotzen, werden sich auf die Länge als wirkungslos erweisen, ja die Bewegung nur immer mehr stärken, mag sie auch bei diesem ersten Anlauf noch nicht zum Ziel kommen. Die hinter der Gewaltlosigkeit stehende moralische Kraft wird zuletzt jedes Gewaltsystem auflösen und besiegen – vorausgesetzt, daß der passive Widerstand ruhig und folgerichtig durchgeführt wird und sich die Farbigen auch durch die berechneten Brutalitäten der Polizei nicht selber zu Gewalttätigkeiten hinreißen lassen. Ein Erfolg der Widerstandsbewegung in Südafrika wird auf alle Fälle weitreichende Wirkungen über den ganzen schwarzen Erdteil hin haben.

Faschistisches Amerika! Daß die neufaschistische Gegenrevolution besonders tätig auch in Ostasien ist, liegt in der Natur der Dinge. Das Regime Tschiang Kai-Sheks auf Formosa und Syngman Rhee in Südkorea lebt ja recht eigentlich von der Hoffnung, mit Hilfe der Vereinigten Staaten das Rad der Geschichte rückwärts drehen zu können. In Japan versuchte nach dem Krieg die amerikanische Besetzungsmacht zwar eine oberflächliche Demokratisierung des öffentlichen Lebens, aber seit dem Abschluß des Friedensvertrages entledigten sich die nie wirklich gebändigten alten Herrschaftsmächte immer offener der Fesseln, die sie sich vorher antun lassen mußten. Die kapitalistischen Konzerne organisieren sich aufs neue; die angeblich kompromittierten alten Politiker und Beamten rücken planmäßig wieder in ihre früheren Stellungen ein, und ein unbekehrter Nationalismus beginnt frische Hoffnung zu schöpfen. Dazu kommt – was immer ein untrügliches Kennzeichen für die Stärke faschistischen Geistes ist – die

verschärfte Unterdrückung kommunistischer oder sonst oppositioneller Bewegungen. Das im vergangenen Mai vom Parlament angenommene Gesetz gegen umstürzlerische Tätigkeit ermächtigt die Staatsgewalt (wie seinerzeit die «New York Times» schrieb), «ohne vorgängige Zustimmung des Reichstages alle Vereinigungen als ungesetzlich zu erklären, die der Begehung von Handlungen gegen die öffentliche Ruhe schuldig befunden wurden». Womit natürlich jede mißliebige Betätigung⁵ und Gruppierung getroffen werden kann.

Aber wird nicht in den Vereinigten Staaten selber genau die gleiche Praxis geübt? Es begann, wie man weiß, mit der «Durchleuchtung» und «Säuberung» der Bundesverwaltung, deren Beamte und Angestellte unter einem regelrechten antikommunistischen Terror stehen. Von da aus entwickelte sich die Aktion in zwei Richtungen: auf der einen Seite wurde der Begriff «Kommunismus» auf so ziemlich jede liberale oder sozial-fortschrittliche Betätigung ausgedehnt, auf der anderen erfaßte die Säuberung immer mehr auch die Staats- und Gemeindeverwaltungen wie die privaten Unternehmungen und Vereinigungen⁵. Schauprozesse gegen führende Kommunisten oder wirkliche und angebliche Sowjetsympathisanten wie besonders planmäßige «Besudelung» (smearing) liberalisierender Persönlichkeiten nach Methode Mac Carthy führen jedem nicht ganz Gleichgeschalteten andauernd zu Gemüte, wessen er sich zu versehen hat, falls er irgendwie «meckern» oder aufmucken sollte. Wer sich eine Vorstellung davon machen will, wie tief ins öffentliche und private Leben der nordamerikanischen Republik hinein sich das Gift bereits gefressen hat, der nehme die Sondernummer der Neuyorker «Nation» vom 28. Juni dieses Jahres zur Hand – und er wird die Hände über dem Kopf zusammenschlagen: «Ja, ist denn so etwas möglich – in dem Land, das sich zum Vorkämpfer der ‚freien Welt‘ aufgeworfen hat?» Freda Kirchwey, die Herausgeberin des Blattes, kennzeichnet in ihrem Einführungsartikel die dabei angewandte Taktik also:

«Jene, die die Operation leiten, verwenden Furcht als eine Waffe, und bald wird die Furcht zu einer selbständigen Kraft, die sowohl den Führer wie die Geführten, den Angeber wie sein Opfer, den vorsichtigen Liberalen wie seine Überzeugung, die er stillschweigend aufgibt, beherrscht. Bald kommt es dazu, daß es tollkühn scheint, nicht nur die Außenpolitik der Regierung zu kritisieren, sondern auch den Sozialismus in Saskatchewan zu befürworten oder französische Reformen in Tunesien – oder akademische Freiheit zu Hause.

Es besteht die Tendenz, daß alles in ein einziges Koordinationssystem dessen, was die Gleichschaltung darstellt, hineingezogen wird – und der Name dieser Art von Gleichschaltung ist Faschismus.»

⁵ Das ausgesucht hinterhältige Verfahren des amerikanischen Justizministeriums gegen Charlie Chaplin – man ließ den großen Filmkünstler erst unbeanstandet ausreisen, um dann anzukündigen, daß er bei seiner Rückkehr, als unamerikanischer Tätigkeit hinreichend verdächtig, festgehalten und durchleuchtet werde – hat neuerdings die Weltaufmerksamkeit auch auf die Gesinnungsschnüffelei im Kinogewerbe gelenkt.

Ähnlich hat sich Bundesrichter Douglas in einer Rede geäußert, die er am 3. März dieses Jahres in Neuyork gehalten hat (und seither ist es womöglich noch schlimmer mit der «Hexenverfolgung» geworden):

«Die militärische Politik hat unser Denken so vollständig in Anspruch genommen, daß wir vergessen haben, daß unsere größte Stärke und unsere Macht auf die Dauer im Geist liegt, nicht in Geschützen. Die Konzentration auf militärische Mittel hat dazu beigetragen, Furcht zu erzeugen... Furcht zeigt sich auf viele Arten. Die kommunistische Bedrohung im Innern des Landes ist vergrößert und weit über die Wirklichkeit hinaus aufgebauscht worden. Unverantwortliches Geschwätz von unverantwortlichen Leuten hat die schwelende Furcht angefacht... Verdacht nimmt zu, so daß nur noch orthodoxe Gedankengänge ungefährlich sind... Die Furcht macht nicht einmal halt vor den Rechtsanwälten und den Gerichten. Wer einer illegalen kommunistischen Tätigkeit angeklagt ist — und als Angeklagter ist er natürlich unschuldig, bis ihm das Gericht seine Schuld nachweist —, hat Mühe, einen angesehenen Rechtsanwalt zu finden. Rechtsanwälte haben sich mir gegenüber ausgesprochen. Viele von ihnen sind besorgt. Es gibt welche, die ihre Dienste nicht anbieten durften, wenn sie nicht ihre Klienten verlieren wollten. Andere würden von ihren Kreisen als ‚umstürzlerisch‘ bezeichnet und in dieselbe Kategorie gesteckt, wie die Leute, die sie verteidigen möchten. Dies ist eine Tragödie...

Furcht hat Männer und Frauen aller Stände mehr und mehr entweder zum Schweigen gebracht oder sie zur Herde der ‚Recht denkenden‘ getrieben. Die Furcht ist immer höher gestiegen, die Furcht, seine Stelle zu verlieren, die Furcht, verhöhrt zu werden, die Furcht, angepöbelt zu werden. Diese Furcht hat unser Denken gleichgeschaltet, das Gebiet öffentlicher freier Diskussion eingeengt und viele denkende Menschen zur Verzweiflung getrieben. Diese Furcht ist sogar in die Universitäten, die Hochburgen unserer geistigen Kraft, eingedrungen und hat sie korrumpiert. Wir müssen mit ansehen, wie hohe Würdenträger der Universität sich zu der wüstesten Gesinnungsverfolgung, die man seit den Anfängen der USA erlebt hat, erniedrigen.»

Nimmt es wunder, daß die amerikanische Bundesversammlung in aller Form — durch Gesetz — «für den Notfall» die Errichtung von Konzentrationslagern beschlossen hat und für den Bau von vorerst einmal sechs Lagern bereits 775 000 Dollar ausgegeben worden sind? Man kann jedenfalls der «Monthly Review» (Juliheft) kaum unrecht geben, wenn sie meint, diese ganze Art Antikommunismus sei «nichts mehr und nichts weniger als die amerikanische Form des Faschismus». «Die Vereinigten Staaten sind zwar», so heißt es in dem Aufsatz weiter,

«noch keine vollenfaschistische Gesellschaft, aber sie bewegen sich in erschreckendem Tempo in dieser Richtung... In der gegenwärtigen Geschichtsperiode — man darf es nie vergessen — sind Faschismus und Krieg unauflöslich verbunden, wie siamesische Zwillinge. Wenn man das eine sagt, schließt man das andere ein... Und doch halten wir daran fest, daß trotzdem — oder vielleicht gerade darum — die Aussicht ganz und gar nicht hoffnungslos ist. Die amerikanische Außenpolitik, welche die Triebkraft hinter der Bewegung zum Krieg hin ist, steht vor ihren größten Krisen in Europa wie in Asien. Die Krisen werden, sofern sie nicht überwunden werden, stärkste Rückwirkungen auf die Innenpolitik haben. Viele, denen jetzt durch Propaganda oder Terror der Mund geschlossen ist, dürften dann das Licht sehen und Mut fassen. Ganz neue Möglichkeiten können sich für die Gegner des jetzigen Regimes auftun. Mit

andern Worten: ein Rückschlag für die amerikanische Außenpolitik wäre ein Gewinn für den Frieden, und ein Gewinn für den Frieden wäre ein Schlag für den Faschismus.»⁶

Wird sich wohl diese Hoffnung erfüllen? Sie wird es, wenn wir alle, wenn jeder Einzelne von uns seine Pflicht tut und dem Kriegsdenken und den Kriegsvorbereitungen entgegenwirkt, wo immer das nur möglich ist. Die Militia Christi, die Dienstpflicht für Christus, verlangt nun eben einmal den Einsatz des ganzen Menschen. Wollen wir ihn geben?

15. Oktober.

Hugo Kramer.

Die Tyrannei der Menschenfurcht

Die Gleichheitsfrage wird nun einmal als aufgegeben anzusehen sein, sie ist in die europäische Diskussion eingeführt.

Also jede Form der Tyrannei, welche älteren Formationen angehört, wird nun ohnmächtig sein (Kaiser, König, Adel, Geistlichkeit, selbst Geldtyrannei).

Aber der Gleichheit entspricht eine Form der Tyrannei: Menschenfurcht. Darauf habe ich schon in der letzten Rede des Evangeliums der Leiden aufmerksam gemacht. Darauf habe ich nun wieder in der dritten Abteilung der christlichen Reden Nr. 6 aufmerksam gemacht.

Dies ist von allen Tyranneien die gefährlichste, teils auch weil nötig ist, daß man auf sie aufmerksam wird, da sie nicht direkt gesehen werden kann.

Die Kommunisten hierzulande und anderswo kämpfen für Menschenrechte. Gut, das tue ich auch. Just deswegen kämpfe ich aus aller Macht gegen die Tyrannei der Menschenfurcht.

Der Kommunismus führt im Maximum zur Tyrannei der Menschenfurcht (siehe bloß, wie Frankreich im Augenblick darunter leidet); *ebenda beginnt das Christentum.* (Von uns unterstrichen; d. R.)

⁶ Den Zusammenhang zwischen Faschismus und Kriegsgefahr beleuchtet auch die Petition des amerikanischen «Kongresses für Bürgerrechte» an die UNO zugunsten einer menschenwürdigen Behandlung der Neger in den Vereinigten Staaten. Es heißt darin am Schluß: «Wir sprechen auch als Weltbürger, in der Gewißheit, daß, wenn die geldgierige Reaktion ihre gegenwärtige Politik weiterführen und eine gewinnbringende Massenvernichtung (genocide) gegen Amerikaner weiterbetreiben darf, die Zeit kommen wird, wo die gleichen Kräfte Massenvernichtung in größerem Maßstab auch gegen die Bürger anderer Nationen anwenden werden. Wir erheben unsere Stimme also nicht für uns allein, sondern für die Menschheit. Wir setzen uns nicht nur dafür ein, daß das Verbrechen der Massenvernichtung an den Negern der USA aufhören soll — wir setzen uns auch für den Frieden ein.» (Zitiert nach dem «Zeitdienst», Sondernummer «Negerfrage in den USA». Erhältlich bei der Geschäftsstelle, Zürich 41. Preis 50 Rp.)